

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 36

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

Halver
Donnerstag, den 12. Februar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung plant Herabsetzung der Einkommen-, Vermögens- und Kapitalverkehrssteuer.

* Zum preussischen Ministerpräsidenten wurde in der Stichwahl der ehemalige Reichskanzler Marx gewählt.

* Dr. August Müller, der frühere Staatssekretär, ist aus der Sozialdemokratischen Partei infolge der Enthüllungen über die Barmat-Affäre ausgetreten.

* In den westlichen Industriegebieten hat ein Unwetter größere Verheerungen angerichtet.

* Die Verteidigung im Leipziger Tschelaprozess beantragte die Ablehnung des gesamten Gerichtshofes wegen Befangenheit.

Luthers Frage.

Herriot hat in London seinen Besuch angekündigt und es ist selbstverständlich, daß man sich dort nicht etwa bloß über das englisch-französische Schuldenproblem unterhalten wird, sondern daß vor allem die Frage eines Sicherungspaktes in den Mittelpunkt der Diskussion tritt. Es ist erfreulich, daß die deutsche Regierung dieser Entwicklung gegenüber die Hände nicht in den Schoß legen will, sondern ihrerseits zu der Entwicklung dieses Problems Stellung nimmt. Nicht wie sonst zuerst nach München ist der neue Reichskanzler Luther gereist, sondern nach Köln. Damit wird grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, daß die Frage der Räumung der nördlichen Besatzungszone die Kardinalfrage der deutschen Politik ist. Auf dem Festessen, das die Stadt Köln dem Reichskanzler zu Ehren veranstaltete, ging in seiner Begrüßungsansprache der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer gerade von diesem Gedanken aus, daß die Frage der Räumung deutlich in ihrer entscheidenden Bedeutung herausgestellt werden soll durch den ersten Besuch Dr. Luthers. Dr. Adenauer wies auf die Empörung und Bitterkeit hin, die wegen des Vertragsbruches im Rheinland von Tag zu Tag wächst, im Rheinland, wo man mit den Millionen der Einwohner verfährt wie mit einem Negerstamm im innersten Afrika. Und das alles im Zeitalter der Demokratie!

„Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal“ — damit begann Luthers Antwort und selbstverständliche Politik der Regierung sei, dafür zu sorgen, daß die Rheinlande nicht zu einer Reparationsprovinz wurden. Zu einer solchen aber auch nicht werden. Noch heute habe man keinerlei Grundlage aufgestellt erhalten über die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Nichträumung. Infolgedessen sei es nicht einmal möglich gewesen, zu Verhandlungen zu kommen, weil wir ja gar nicht wissen, was man uns vorwirft. Dr. Luther wiederholt, daß wir zu Verhandlungen bereit sind, ebenso dazu, berechnete Anstände, nachgewiesene Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen auf schnellste auszukurieren, um jeden, auch den letzten Vorwand oder Grund für die Nichträumung zu beseitigen.

Und zum zweiten Male stellt der deutsche Reichskanzler an den französischen Ministerpräsidenten die Frage: Sind Sie bereit, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Beseitigung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung sichergestellt ist? Dr. Luther stellt die Frage zum zweiten Male, denn auf das erste Mal hin hat er eine Antwort nicht erhalten. Oder doch erhalten: Die französische Presse habe erklärt, daß nicht etwa nur die Entwaffnung durchgeführt, sondern ein besonderer Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs zustande gekommen sein müsse, ehe die erste Zone geräumt wird. Dr. Luther will es nicht glauben, daß dies auch die Ansicht und die Absicht der französischen Regierung sei. Aber er hat die Frage gestellt: zum zweiten Male. Ob Herriot antworten wird?

Es braucht deutscherseits gar nicht erst mit dem Nachdruck, wie es Dr. Luther tut, betont zu werden, daß diese Absicht, die Räumung nun auch von der Schaffung des Sicherheitspaktes abhängig zu machen, keinerlei Begründung im Versailler Vertrag findet. Das wäre der Bruch, aber nicht nur mit seinem Wortlaut, sondern auch ein Niederbruch der juristischen und moralischen Grundlagen für das Zusammenleben der Völker überhaupt, wäre das Gegenteil des Gedankens internationaler Vereinbarung. Wie oft hat die Entente Deutschland mangelnde Achtung vor Verträgen vorgeworfen und das Wort Bethmanns von dem „Fetzen Papier“ war unsere erste — selbstverschuldet — Niederlage im Weltkrieg. Aber man hat doch angeblich fünf Jahre Krieg gegen uns geführt, um uns zu dieser Achtung zu zwingen! Jetzt hält man sich drüber selbst nicht mehr an Verträge. Dabei betont Luther, auch dies zum zweiten Male, daß die deutsche Reichsregierung durchaus bereit sei, an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv mitzuarbeiten — nur darauf können wir uns nicht einlassen, uns durch die Nichträumung Kölns zu irgend etwas zwingen zu lassen. Erinnerung mag hierbei werden an den Versuch, den vor zweieinhalb Jahren auch ein deutscher Reichskanzler, Dr. Cuno, nach dieser Richtung hin an Vorschlägen gemacht hat — man hat ihn höhnisch abgewiesen.

Die Situation ist also mehr wie klar: man kann uns wirklich nicht vorwerfen, daß wir uns einer Behandlung des Sicherheitsproblems oder dem Zustandekommen eines derartigen Paktes, so überflüssig und unbegründet wir ihn auch halten mögen, etwa entgegenstellen. Nur müssen das freiwillige Übereinkünfte sein, kein erzwungener Vertrag à la Versailles. Kein Diktatpakt, erzwungen durch die Bajonette in der Kölner Zone.

Dr. Luther hat dann verständlicherweise darauf hingewiesen, daß die drohenden außenpolitischen Gefahren maßgebend auf die innerpolitischen Auseinandersetzungen einwirken sollten, vor allem aber verlangt, und zwar mit vollem Recht, daß man dem neuen Kabinett nicht von vornherein durch gehässige Feindschaft oder Verleumdung

Marx preuß. Ministerpräsident.

Die Wahlen im preussischen Landtag

tt. Berlin, 10. Februar.

Die mit großer Spannung erwartete Wahl des preussischen Ministerpräsidenten an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Braun hatte das Resultat, daß der ehemalige Reichskanzler und Abgeordnete des Zentrums Marx im zweiten Wahlgang, also in der Stichwahl, vom Landtag zum Ministerpräsidenten und zur Bildung des Kabinetts berufen wurde.

Die Kandidatur Marx war von den Parteien der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten aufgestellt worden, während die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei sich auf den früheren preussischen Finanzminister Dr. von Richter geeinigt hatten. Im ersten Wahlgang fielen von 444 im Hause vertretenen Stimmen 219 auf Marx, 153 auf Dr. von Richter, (D. Vp.), 43 auf Pöck (Komm.), 16 auf Landendorff (Wirtsch. Verg.), 11 auf Dr. Körner (Nationalsoz.), 1 auf Dr. v. Campe (D. Vp.). Außerdem eine Stimmenthaltung. Da die notwendige Mehrheit 222 betrug, war niemand gewählt und es mußte Ministerpräsident Marx Stichwahl eintreten.



Ministerpräsident Marx

Bei der Stichwahl wurden 445 Stimmenten abgegeben. Davon waren 16 unbeschrieben, 43 ungültig, 223 fielen auf Marx, 162 auf Richter.

Sindernisse in der Behandlung dieser außenpolitischen Fragen in den Weg werfe. Er brauche parlamentarisch eine breite Grundlage, und diese herzustellen, darf man wohl als nicht unmöglich bezeichnen, wenn man wirklich in solchen Augenblicken, wie es jetzt ist, über parteipolitische Eigenbrötelei und Kurzsichtigkeit hinaus den Schicksalsweg deutscher Lebensfragen hinunterfieht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kampf um das Besoldungssperregesetz.

Auf die an den Reichstag gerichtete Denkschrift des Reichsfinanzministers über das Besoldungssperregesetz wurde vom Reichsbund der Kommunalbeamten ein Protest an den Reichstag und den Reichsrat gerichtet. Der Protest, der im Namen von 170 000 Beamten erlassen wurde, richtet sich gegen die nach Ansicht der Beamten in der Denkschrift enthaltenen Entstellungen, Verallgemeinerungen und Unrichtigkeiten. Gegen die vom Reichsfinanzministerium beabsichtigte Verlängerung des Sperrgesetzes wird schärfer Einspruch erhoben.

Der Hansabund für Steuerminderungen.

In einer vom Hansabund abgehaltenen außerordentlichen Tagung wurden Tariffragen, Fragen der Produktionspolitik, der Außenhandels-, Finanz- und Steuerpolitik beraten. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der vor der Überspannung der Steuerschraube gewarnt und gefordert wurde, daß alle Überschüsse öffentlicher Verwaltungsorgane als Kredite für Handel und Wirtschaft verwendet würden. Weiter werden in der Entschließung weitgehendere Steuerminderungen für Handel, Gewerbe und Industrie und die Schaffung eines neuen Einkommen- und Vermögenssteuerrechtes verlangt.

Die Inlands- und Auslandsanleihen der Kommunen.

Der Preussische Pressedienst gibt die Bedingungen für die Aufnahme von Anleihen durch Kommunen und Kommunalverwaltungen bekannt. Inlandsanleihen sind grundsätzlich nur auf Reichsmark zu stellen, Sachverleihen werden grundsätzlich nicht mehr zugelassen. Die Auslandskredite müssen unbedingt produktiven Zwecken dienen, d. h. nur solchen verbundene Anlagen, die aus eigenem die Verzinsung und Rückzahlung des investierten Kapitals gewährleisten. Außerdem muß die Bedingung gestellt werden, daß die Ausgabe im Augenblick unbedingt notwendig ist und nicht bis zu einem Zeitpunkt zurückgestellt werden kann, in dem das Kreditbedürfnis in anderer Weise als durch Zinsanspruchnahme des Auslandsmarktes gedeckt werden kann.

Die Heimführung der Pfalz.

Im Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtages gab der Minister des Innern eine Übersicht über die Personenschäden, welche in der Pfalz durch die französischen Besatzungstruppen und das Auftreten der Separatisten entstanden sind. Danach sind im ganzen 265 Personenschäden zu verzeichnen. Von Angehörigen der Besatzungstruppen wurden 37 Personen getötet. Die Separatisten haben 22 Tote auf ihrem Schuldkonto. Im ganzen sind also 59 Personen getötet worden. Verletzt wurden 206 Personen, und zwar von den Besatzungstruppen 87 und von den Separatisten 119.

Dr. von Richter. Marx war somit gewählt. Die Kommunisten begleiteten die Verlesung des Wahlergebnisses mit stürmischen Rufen: Auf wie lange?

Marx hat bereits Besprechungen mit den Parteien eingeleitet für die Bildung des Kabinetts. Die Weimarer Koalition ist entflohen, falls sie eine Abgabe von der Deutschen Volkspartei erhalten sollte, woran nach der gegenwärtigen Situation kaum zu zweifeln ist, die Regierung aus ihren eigenen Anhängern zu stellen. Das Zentrum soll dabei angeblich vier Sitze erhalten, die Demokraten zwei und die Sozialdemokraten zwei. Die Verteilung der Sitze soll folgendermaßen erfolgen: Marx, Ministerpräsident; Am Behnhoff, Justizminister; Hirtfelder (Zentrum), Wohlfahrtsminister; Hermes (Zentrum), Landwirtschaftsminister (für diesen Posten wird auch der Abg. Schetter genannt); Becker (Zentrum), Kultusminister (Beamter); Höppler-Aschoff (Demokrat), Finanzminister; Dr. Schreiber, Halle (Demokrat), Handelsminister; Severing (Soz.), Minister des Innern.

Bartels bleibt Präsident.

Bei der nun folgenden endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten, die notwendig ist, weil die einstweilige Wahl nach vier Wochen bestätigt werden muß, werden 443 Stimmenten abgegeben, unbeschrieben sind 4, einer ist ungültig. Bei 438 gültigen Stimmenten beträgt die Mehrheit 220. Für den einstweiligen Präsidenten, den sozialdemokratischen Abgeordneten Bartels werden abgegeben 216, für den deutschnationalen Abgeordneten Dr. v. Kries 179, für den Kommunisten 43 Stimmen. Da keiner die Mehrheit erreicht hat, ist Stichwahl notwendig, die sofort vorgenommen wird. Dabei fallen auf Bartels 215, auf v. Kries 182 Stimmen, so daß Bartels gewählt ist.

Ermittlungsverfahren gegen Bauer.

Eine Berliner Korrespondenz will wissen, daß gegen den früheren Reichskanzler und ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Bauer bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet sei infolge der Anschuldigungen, er habe in der Zeit schwerer wirtschaftlicher Not entgegen den bestehenden Vorschriften Anläufe von Devisen zu eigenem Vorteil gemacht. Es soll ferner auch die Frage geklärt werden, ob Bauer den Gebrüder Barmat gegen Entschädigung die ihm zugänglichen politischen und wirtschaftlichen Informationen aus Reichsstellen zu Devisenspekulationen zugeleitet hat.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der deutsche Städtetag hat bei seinen letzten Beratungen einen Antrag auf baldmöglichste Wiedereinführung der vollen Friedensmiete abgelehnt.

München. Reichskanzler Dr. Luther traf von Köln kommend hier ein und wird abends eine politische Rede halten. Dann reist Dr. Luther nach Stuttgart weiter.

Paris. Franklin Bouillon wird als französischer Botschafter nach Angola gehen.

Paris. Nach Auffassung hiesiger diplomatischer Kreise ist eine Entspannung im griechisch-türkischen Konflikt zu verzeichnen.

Belgrad. Die endgültigen Feststellungen der Abgeordnetenstimmen im jugoslawischen Wahlkampf ergeben, daß sechs deutsche Abgeordnete in das jugoslawische Parlament einziehen werden.

Washington. Senator Borah hat die Absicht, nach Beendigung der Kongreßtagung eine Reise nach Europa anzutreten.

Deutscher Reichstag.

(20. Sitzung.)

OB. Berlin, 10. Februar.

In vorgerückter Abendstunde unterbrach das Haus gestern seine Sitzungsarbeiten, nachdem es die über die Beschüsse des Ausschusses hinausgehenden Anträge in der Erwerbslosenfrage abgelehnt hatte, um nun die wegen Beschlußunfähigkeit unterbrochenen Beratungen um den Handelsvertrag mit Estland fortzusetzen. Die sich entzündende Debatte drehte sich im wesentlichen um die kritischen Äußerungen, die der deutschnationale Abg. v. Freytagh-Loringhoven zu dem Handelsvertragsentwurf gemacht hatte. Abg. v. Freytagh-Loringhoven erklärte selbst unter großer Unruhe bei den Parteien der Linken, daß die Haltung der Demokraten und Sozialdemokraten in der letzten Sitzung seine Freunde veranlaßt hätte, ihre Stellung zu dem Vertrage noch einmal zu überprüfen. Ein Teil seiner Freunde stimmte dem Vertrage trotz mancher Bedenken im Interesse der Estländer zu. Eine Mehrheit für die Vorlage sei unter allen Umständen gesichert. Der Zweck seiner Rede sei gewesen, dem auswärtigen Amt gegenüber dem Ausland den Rücken zu stärken. Die Abstimmung über Artikel 1 ergibt die Annahme der Vorlage mit 244 gegen 129 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Vorlage wird darauf auch in der dritten Lesung und in der Schlußabstimmung angenommen, ebenso die Entschließungen zugunsten der Estländer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wandte sich heute der Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vp.) gegen Angriffe des Berliner Tageblattes wegen der

Ruhrkredite.

die in der Zeit des passiven Widerstandes deutschen Wirtschaftsverbänden gegeben worden wären. Der Redner wies darauf hin, daß die in Frage kommende Hilfskasse schon 1919 unter einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister gegründet worden sei. Als es während des Ruhrkampfes notwendig geworden wäre, auch kleinen und mittleren Unternehmen mit Krediten beizuspringen, hätte man der Einfachheit halber diese schon bestehende Organisation benutzt. Die Großindustrie

Vokales und Provinzielles.

Halver, den 12. Februar 1925.

□ Benutzung von Gasbadeöfen. Im Anschluß an die Unfälle, die sich in letzter Zeit bei der Benutzung von Gasbadeöfen ereignet haben, sei auf folgende baupolizeilichen Bestimmungen hingewiesen: Jede Gasheizung gilt als Feuerstätte und darf daher nicht ohne vorherige baupolizeiliche Genehmigung und Abnahme in Benutzung genommen werden. Da die Einatmung der giftigen Abgase, die durch Geruch und Gesicht nicht wahrnehmbar sind, von verhängnisvoller Wirkung sein kann, so gilt die Aufstellung von Gasbadeöfen nur dann als einwandfrei, wenn sie entweder mit einem unmittelbar ins Freie mündenden Abzugsrohr fest verbunden oder an einen für die Abführung der Abgase geeigneten Schornstein ordnungsmäßig angeschlossen sind. Sogenannte abgaslose Gasöfen und Gasbadeöfen sind gefährlich und daher verboten, ordnungsmäßig aufgestellte dagegen unbedenklich.

— * h. k. **Besserung der Wirtschaftslage.** Nach den Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammern machte die Wirtschaftslage im Monat Januar langsame Fortschritte. Die Eisenindustrie verbesserte ihren Stand. Der Absatz der Kohlenzechen war zwar schwach, doch im ganzen befriedigend. Eine Ausnahme machte nur der schlesische Bergbau, in dessen Absatzfolge der zu hohen Eisenbahntarife die englische Konkurrenz sehr fühlbar war. Das Geldangebot war reichlich, es fuhr nur vorübergehend zur Ueberwindung des Ultimo eine gewisse Einschränkung. Das Kursniveau der Aktien und Anleihen hob sich weiter und die Aufwärtsbewegung in den Großhandelspreisen verlangsamte sich erst am Monatschluß. Die Umstellung auf Goldmark ist fast bei drei Viertel der an der Berliner Börse amtlich notierten Aktien durchgeführt. Bei den Handelsvertragsverhandlungen sind keine erheblichen Fortschritte erzielt worden. Die Handelsbilanz Deutschlands ist mit 2,7 Milliarden im Jahre 1924 passiv. Die Ausfuhr ist auf die Hälfte der Vorkriegszeit gesunken; die Einfuhr, die von rund 11 auf 7 Milliarden (Vorkriegswerte) zurückging, wies in den Fertigwaren dennoch eine Steigerung von 20 % gegenüber der Vorkriegszeit auf.

— * h. k. **Der gefährliche Auslandskredit.** Richtlinien für private Geldsucher. Wie wir erfahren, hat der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus an die Spitzenverbände der Industrie, des Handels und des Bankgewerbes auf Grund der im Reichswirtschaftsministerium abgehaltenen Beratung ein Rundschreiben über die Behandlung und Aufnahme von privaten Auslandskrediten herausgegeben. In der genannten Beprechung war man zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Regelung weder im Wege der Gesetzgebung noch durch Verwaltungsanordnung angezeigt erscheint. Dagegen muß es in erster Linie Aufgabe der berufenen Vertretung der Wirtschaftskreise sein, in den Kreisen ihrer Mitglieder und angeschlossenen Organisationen auf Mißstände hinzuweisen, die im Zusammenhang mit der Aufnahme von Auslandskrediten aufgetreten sind. Um für die Zukunft durch Aufklärung, Warnung und Auskunftserteilung vorbeugend wirken zu können, sind nachfolgende Gesichtspunkte zusammengefaßt worden:

1. In der Regel wird es zweckmäßig sein, mit der Beschaffung von Auslandskrediten deutsche Bankfirmen zu betrauen, die es auf Grund ihrer Beziehungen zum Auslande und ihrer finanziellen Erfahrung vermeiden werden, durch wahlloses Kreditsuchen im Auslande Schaden anzurichten.

2. Wo dieser Weg aus irgendwelchen Gründen nicht begangen wird, werden die mit der Kreditbeschaffung zu beauftragenden Personen — seien es ins Ausland zu entsendende Spezialbeauftragte, seien es berufsmäßige Kreditvermittler — besonderer Auswahl bedürfen. Unbedingte Zuverlässigkeit, finanzielle Durchbildung und Kenntnis des Auslandes selbst sind selbstverständliche Voraussetzungen.

3. Der Kreditvermittlungsauftrag wird genau umgrenzt werden müssen, insbesondere was die Höhe der aufzunehmenden Summe anlangt, die in angemessenem Verhältnis stehen muß nicht nur zu dem Gesamtkapital des Unternehmers, sondern auch zu den in Betracht kommenden Spezialrisiken (Bürgschaften, Sicherheitsübereignungen von Waren, Hypothekeneinträgen). Gerade zuverlässige Unterlagen über das den Kredit wünschende Unternehmen, insbesondere auch über etwaige Vorbelastungen sind unerlässlich; hierbei ist zu beachten, daß Fälle von Zusicherungen von Krediten bekannt geworden sind, die offensichtlich zur Handelsespionage ausgenutzt werden sollten.

4. Erfahrungsgemäß erhalten mittlere oder kleinere Unternehmungen im allgemeinen Auslandskredite unmittelbar nur von solchen Stellen, mit denen sie in sonstiger Geschäftsverbindung stehen. Keine Finanzkredite für solche Unternehmungen bedürfen im allgemeinen der Mitwirkung deutscher Banken. Die Versuche von unmittelbarer Kollektiv-Kreditaufnahme im Auslande scheinen, abgesehen von dem seit Jahren gut laufenden holländischen Treuhänder-Abkommen, bisher noch nicht zu greifbaren Erfolgen geführt zu haben.

5. Ueber ein Kreditgesuch sollte nur auf einem Wege im Auslande verhandelt werden. Verhandlungen an verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit werden erfahrungsgemäß schnell bekannt und schädigen das Ansehen des Kreditnehmers. Auf chiffrierte Kreditangebote oder Vermittlungsangebote sollte grundsätzlich nicht eingegangen werden.

6. Für die Aufnahme von Auslandskrediten kommen in erster Linie die am Außenhandel beteiligten Unternehmungen in Betracht, die entweder durch Ausfuhr die Valuta wieder aufbringen oder bei denen die Valuta im Wert der Einfuhrwaren, die wieder in ausländische Valuta umgelegt werden können, erhalten bleibt.

7. Auslandskredite ausschließlich für Binnenzwecke sollten möglichst vermieden werden. Lediglich für die volkswirtschaftlichen Sinne produktiven Unternehmungen wie Ausbau von Wasserkräften, Elektrizitätswerken, Verkehrsunternehmungen, für deren Kapitalbedarf der verengte deutsche Kapitalmarkt nicht ausreicht, erscheint die Finanzierung durch Auslandsgeld allenfalls vertretbar.

8. Was die Höhe der Zinsen anlangt, so sollte der Zins der Dawes-Anleihe die obere Grenze bilden. Es

sind mittlerweile Abschlüsse zu niedrigen Zinsen bekannt geworden.

9. Vielfach werden vom Kreditgeber Optionen ausbedungen und zwar bei kurzfristigen Anleihen solche auf langfristige, im übrigen oft Optionen auf Aktien zu bestimmten Kursen. Daß hierbei, besonders im letzteren Falle, größte Vorsicht geboten und Prüfung der daraus möglichen Beschränkungen und Belastungen erforderlich ist, erscheint selbstverständlich.

+ **Halver, 12. Febr.** Am nächsten Sonntag, den 15. Februar nachmittags 5 Uhr beginnend, veranstaltet die Weiskühle im Saale des „Hauses zur Fuhr“ wieder einen Elternabend. Ansprachen, Vorträge, gesungene, deklamatorische Darbietungen, szenische Aufführungen usw. werden mehrfache Abwechslung bieten und daß Interesse der Zuhörer und Zuschauer sicherlich dauernd und bis zum Schluß festhalten. Da die früher veranstalteten Elternabende der Schule noch in bester Erinnerung sind, so wird es nur dieses Hinweis bedürfen, um den jugendlichen Veranstalter ein volles Haus zu sichern.

§ **Schalksmühle, 11. Febr.** Der neue Zaun, der die Bergstraße von dem tiefen Bahneinschnitt gegenüber der hiesigen Apotheke trennen soll, ist bis auf die noch fehlenden Innengitter fertiggestellt und bietet dem Auge ein ganz annehmbares Bild. Besonders zu begrüßen ist auch, daß an dieser Stelle jetzt gleichzeitig der Bürgersteig in einen neuen gangbaren Zustand versetzt wird.

§ **Kummenohl, 11. Febr.** Am vergangenen Sonntag veranstaltete im Dreifachen Saale zu Kummenohl der Landwehrunterstützungsverein Dahl ein großes Konzert. Die Hagener Musik verstand es durch ihre Darbietungen die Herzen der Zuhörer zu begeistern und ebenso fanden die Gesangseinlagen des Doppelquartetts des Vereins ungeteilten Beifall. Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig, was wohl auf die schwierigen allgemeinen Geldverhältnisse zurückzuführen ist.

§ **Gevelsberg, 10. Febr.** Selbstmordversuch im Zuge. Ein junger Mann schoß sich im Abort eines Bierlokals-Abteils zwischen Hagen und Milspe eine Kugel durch den Kopf. Die Mitreisenden hörten den Schuß, verständigten aber erst in Milspe das Fahrpersonal. Der herbeigerufene Arzt stellte eine schwere Verletzung fest. Der Lebensmüde stammt aus Buschhütten im Siegerland und heißt nach seiner Auslage Richard Crefflir. Er hat die Tat in stark angetrunkenem Zustande begangen.

§ **Altenvoerde, 10. Febr.** Aus dem Fenster gesprungen. Gestern nachmittag stürzte sich eine ungefähr 40 jährige Frau aus dem Fenster ihrer Wohnung in der Wallstraße. Sie trug einen doppelten Schädelbruch davon. Die Frau lag längere Zeit an Grippe krank und hat offenbar in einem Anfall von geistiger Unmachtung gehandelt. Die Frau ist inzwischen ihren Verletzungen erlegen.

× **Wipperfurth, 12. Febr.** Am 20. Februar d. J. findet nach 2-jähriger Unterbrechung wieder ein allgemeiner Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt statt. Die Unterbrechung war auf die fast zweijährige Besetzung durch die Franzosen zurückzuführen, wodurch Handel und Gewerbe auch hier sehr beeinträchtigt wurden. Wie in früheren Jahren verspricht auch dieser Viehmarkt regen Auftrieb und wird Händlern und Privaten Gelegenheit gegeben ihren Bedarf voll zu decken.

Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle.

= Schalksmühle, 10. Februar

Am Montag nachmittag, 3 Uhr, fand im Cafe Schulz hier, eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, deren reichhaltige Tagesordnung sich aus 12 Punkten zusammensetzte. Eröffnet wurde dieselbe von Herrn Amtmann Thomas aus Halver. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung wurden wie folgt erledigt: Zu 1. Wahl der Schuldeputation erfolgt die Wiederwahl der bisherigen Deputierten Rob. Eider und Fr. Wilh. Groß. 2. Zur „Gewerbesteuer“ wurde beschlossen, auch im laufenden Jahre neben der Ertragssteuer die Lohnsummensteuer wieder zu erheben. 3. Für die Bildung eines Zweckverbandes zur Unterhaltung der Rektoratsschule Schalksmühle werden die vorgelegten Satzungen genehmigt. 4. Beschaffung von Lehrmitteln für die gewerbliche Fortbildungsschule wird dem vorliegenden Antrage entprochen. 5. Zur „Einrichtung einer Müllabfuhr“ wird beschlossen, die Angelegenheit einer Kommission zu übertragen, die gemeinsam mit dem Gemeindevorstand die Sache prüfen soll. 6. Die Rassenverwaltung legt Rechnung für das Jahr 1922 ab. Der Verwaltung wird Entlastung erteilt. 7. Ein Antrag der Einwohner des Gemeindehauses, Viktoriastraße 6, auf Herabsetzung der für dieses Haus festgesetzten Friedensmieten lag vor. Dieser Antrag wird nach Beratung abgelehnt. 8. Es erfolgt die Festsetzung der Wohnungsmiete für die Wohnung des Beamten der hiesigen Verwaltungsgeschäftsstelle. 9. Es wird beschlossen, den Mitgliedern der Gemeindevertretung für ihre Teilnahme an den Sitzungen der Vertretung den tatächlich gebauerten Verdienstausfall zu vergüten. 10. Zu „Brückenbau über die Bolme bei Nieder-Reeswinkel“ wird der Vertretung Aufklärung über den Stand der in dieser Angelegenheit bisher stattgefundenen Verhandlungen gegeben. 11. Es wurde einem vorliegenden Antrage auf Benützung einer Gemeindefestung unter den üblichen Bedingungen stattgegeben. 12. Es liegen mehrere Beihilfsanträge vor, die je nach dem vorliegenden Bedürfnis genehmigt oder abgelehnt wurden. Nach Erledigung dieser Punkte schließt Herr Amtmann Thomas gegen 6.30 Uhr abds. die offizielle Sitzung. Anschließend fand eine vertrauliche Sitzung statt.

Nah und Fern.

○ Preussisch-Hamburgisches Lotterienabkommen. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt folgende Bekanntmachung des Finanzministers mit: Mit der Freien und Hansestadt Hamburg wurde ein Abkommen des Inhalts getroffen, daß das Spielen in der Hamburger Staatslotterie und der Vertrieb der Lose dieser Lotterie im Freistaat Preußen sowie das Spielen in der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie und der Vertrieb der Lose dieser Lotterie im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg anfallen wird.

○ Explosion eines Benzintanks. Ein größeres Schadenfeuer entstand in Charlottenburg. Als ein Arbeiter den elektrischen Anlasser für die Benzinpumpe einer dortigen Tankstelle ausschaltete, sprang von einer unisolierten Stelle ein Funke in den Benzinbehälter. Es entstand eine Explosion und ein Brand, der an dem in der Tankstelle aufbewahrten Material reiche Nahrung fand. Der Brand wurde nach ungefähr einhalbstündiger Tätigkeit der Feuerwehr gelöscht. Durch den Brand ist ein sehr erheblicher Schaden verursacht worden.

○ Die Geliebte ermordet. Im Redarauer Walde bei Mannheim hat der 54 Jahre alte Arbeiter Johannes M u h die 22jährige Arbeiterin Frieda G e r h a r d t, mit der er seit längerer Zeit ein Verhältnis unterhielt, durch mehrere Messerstiche getötet. Passanten nahmen den Täter fest.

○ Ein Auto die Böschung hinuntergefuhr. Bei Mühlhausen in Ostpreußen stürzte das Automobil eines Königsberger Viehhändlers die hohe Böschung der Chaussee hinunter. Die Frau des Chauffeurs wurde getötet. Die anderen fünf Insassen kamen mit Verletzungen davon.

○ Bekämpfung der Lebensmittelteuerung in Straßburg. Von jetzt ab werden von der Straßburger Stadtbehörde eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel durch die Lebensmittelhändler zum Selbstkostenpreise an das Publikum abgegeben. Das Anwachsen der Teuerung wird immer beunruhigender. Die Presse kündigt weitere behördliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung an.

○ Blutige Zusammenstöße in Marseille. Unter dem Vorsitz des Generals de Castelnau hatten sich mehrere tausend Katholiken in Marseille in einem Theater zu einer religiösen Kundgebung zusammengefunden. Obwohl ein großes Polizeiaufgebot zur Stelle war, kam es nach Schluß der Versammlung zu blutigen Zusammenstößen mit Kommunisten, die das Theater umstellten. Es gab 35 Verwundete, darunter zahlreiche Priester.

○ Königin Wilhelmine von Holland Ehren doktor. Die Universität Leyden, die im Jahre 1575 von Prinz Wilhelm von Oranien gegründet wurde, feierte die 350. Wiederkehr des Stiftungstages. Aus diesem Anlaß wurde der Königin Wilhelmine die Würde eines Dr. h. c. der Rechte verliehen.

○ Dampferzusammenstoß im Nebel. Der Passagierdampfer „Empress“ aus Scotland stieß mit dem Frachtdampfer „Scottsburg“ zusammen. Der Zusammenstoß erfolgte im Nebel. Die „Empress“, deren Beschädigungen sich auf das hintere Oberdeck beschränken, setzte ihre Reise fort. Die „Scottsburg“ wurde ernstlich beschädigt, konnte aber auch ihre Fahrt nach dem Hafen fortsetzen. Der Nebel hat auch sonst viele Unfälle verursacht.

○ Der überfallene, der zufällig ein bekannter Boger war. Vor dem Polizeipräsidium in Kopenhagen hielt eine Autodrosche an. Der Chauffeur hat die Wache, seinen Passagier zu verhaften. Man fand im Wagen einen gefesselten und geliebten Mann, der nach Aussage des Chauffeurs ihn unterwegs berauben und ermorden wollte. Der Täter hatte aber nicht damit gerechnet, daß der Chauffeur ein bekannter Kopenhagener Amateur-Boger sein könnte, wie es hier der Fall war.

Bunte Tageschronik.

Karlsruhe. In Karlsruhe starb im 84. Lebensjahre einer der bedeutendsten deutschen Chemiker, Erfindungs-Professor Dr. Engler. Sein Name war durch seine Forschungen und Erfindungen auf dem Gebiete der künstlichen Farbstoffe weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt.

Palermo. Italienischen Militärsiegern ist es gelungen, den Vulkan Ätna zu überfliegen und kinematographische Aufnahmen des feuerstehenden Kraters in voller Tätigkeit zu machen.

Tosio. Das japanische Kriegsschiff Tosa wurde gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Washington versenkt.

Unwetter Schäden in Westeuropa.

Viele Hochspannungs- und Telephonleitungen zerstört.

Düsseldorf wurde von einem gewaltigen Sturm heimgesucht. Die Telephonleitungen wurden zum größten Teil zerstört. Vom Niederrhein laufen Meldungen über große Sturmschäden ein. So wurde in Urdingen die Einwohnerschaft gegen Mitternacht durch einen Wirbelwind aus dem Schlaf geschreckt, der in kurzer Zeit die Hochspannungs- und Telephonleitungen an verschiedenen Stellen niederlegte und jeden Verkehr in den Straßen des Ortes unmöglich machte. Aus Essen wird gemeldet: Der Weststurm der letzten Tage, der zeitweilig von schweren Regenböen begleitet war, nahm ständig an Heftigkeit zu und steigerte sich zeitweise zu einem Orkan, der großen Schaden anrichtete.

Auch aus England liegen Nachrichten vor, daß dort wieder ein schweres Unwetter herrschte, das großen Schaden anrichtete.

An der holländischen Westküste wütete ein schwerer Südweststurm und verursachte teilweise schwere Schäden. In Amsterdäm war die Feuerwehre fast ununterbrochen damit beschäftigt, die durch losgerissene Dachrinnen, Kellereinfälle und Schornsteinteile für den Fußgängerverkehr entstandenen Gefahren zu beseitigen. Auf der Waas bei Rotterdam wurde eine ganze Anzahl von Schiffen, auch mehrere große Dampfer des Rotterdamschen Lloyd, darunter dessen größtes Passagierschiff, losgerissen. In der Stadt Rotterdam wurden verschiedene Straßen für den Verkehr von der Polizei gesperrt.

Auftakt zum neuen Ebert-Prozeß.

Der Zeuge Kreil.

Das Berliner Tageblatt will in den Besitz von Dokumenten gelangt sein, die beweisen sollen, daß die Prozeßgegner des Reichspräsidenten für die in der nächsten Woche in Magdeburg stattfindende Revisionsverhandlung sich lebhaft bemühen, um neue Belastungszeugen gegen den Reichspräsidenten aufzufinden. Wie das Blatt meldet, ist ein gewisser F i d o r K r e i l, der vorgibt Journalist und Kaufmann zu sein, und der bereits mit Zuchtgeheim und Trenchhaus Bekanntschaft gemacht habe, in Begleitung eines Argentiniers, bei einer Reise nach der Schweiz festgenommen worden, die de m z w e d e diente, Material über einen angeblichen Aufenthalt des damaligen Abgeordneten Ebert in Konstanz an der Schweizer Grenze, seine Verbindung mit ausländischen Offizieren und die Entgegennahme ausländischer Gelder durch die S. P. D. beizubringen.

Bei Kreil, der wegen Fahvergehen in Baden in Haft sitzt, sind höchst kompromittierende Briefe des angeblich den Reichsparteien nahestehenden in Augsburg wohnenden Agitators Thurn gefunden worden, in denen er u. a. Kreil zur Abgabe einer Erklärung zu veranlassen sucht, die sich auf die erwähnten Beschuldigungen gegen den Reichspräsidenten beziehen. Neben Thurn sollen auch der Parteisekretär v. Forstner, der vom Reichspräsidenten verurteilte Redakteur H o t h a r d t und dessen Rechtsanwalt W i n d e

Wald eine Korrespondenz mit Kreil über eine Aussage im zweiten Magdeburger Prozeß unterhalten haben. Kreil selbst soll angegeben haben, einen besonderen Haß gegen den Reichspräsidenten zu hegen, ihn durch einen Mord politisch zu vernichten oder, falls ihm das nicht gelingen sollte, ihn ermorden zu wollen.

Kleine Nachrichten.

Die 24-Stunden-Linie auf der Eisenbahn.

Berlin, 10. Februar. Die Reichseisenbahn beabsichtigt in absehbarer Zeit bei Aufstellung ihrer Fahrpläne die 24-Stunden-Rechnung einzuführen.

Grans beantragt Wiederaufnahme des Verfahrens gegen ihn.

Hannover, 10. Februar. Der Verteidiger des Grans, Rechtsanwalt Lohse, hat nunmehr bei der Strafkammer den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. Das Gericht wird darüber befinden, wie weit dem stattgegeben werden soll.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern?

München, 10. Februar. Wie die München-Augsburger Abendzeitung meldet, wird in wenigen Tagen dem Bayerischen Landtag eine Vorlage der bayerischen Regierung zugehen, die sich mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes befaßt.

Ein englischer Soldat als Doppelmörder.

Köln, 10. Februar. Nach sechstägiger Verhandlung vor dem britischen Kriegsgericht wurde der englische Soldat Wright, der am 22. Dezember 1924 seine frühere Geliebte Maria Stajal aus Köln-Mülheim und den schottischen Korporal Whitman, den er in ihrer Gesellschaft traf, durch Revolvergeschüsse tödete, des Mordes für schuldig befunden. Das Urteil wird verkündet werden, sobald es vom Oberkommandierenden der britischen Rheinarmee genehmigt ist.

Der Papst gegen Herriot.

Rom, 10. Februar. Der Papst wandte sich in einer Rede gegen Herriots antiklerikale Politik. Der Papst nannte ein solches Vorgehen eine Verleumdung des Heiligen Stuhles, auf dem selbst in der Person eines unwürdigen Stellvertreters doch immer die göttliche Majestät Jesu Christi thronet. Diese ganze Handlungsweise gegenüber jemandem, der keine andere Waffe habe, als sein gutes Recht auf Fortdauer der Beziehungen, die man abbrechen wolle, sei nicht gerecht und nicht edelmütig.

Seuchenbekämpfung am Balkan.

Sofia, 10. Februar. Im Hinblick auf die große Ausbreitung der Lungenseuche und des Flecktyphus unter den Balkanvölkern hat das Gesundheitsamt einen Gesetzentwurf ausgearbeitet für eine Konvention der Balkanstaaten zur Bekämpfung der Seuchen.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball-Pflichtspiel der 2. Mannschaften der Sportvereine Halver und Brügge.

Halver, 11. Februar.

„Regen, Schnee und Sturmgebraus halten niemals uns zu Haus!“

War am vergangenen Sonntag die Parole der Fußballer. Das schlechte Wetter hatte die jungen Sportler nicht zurückgehalten, das angesagte Spiel auszutragen. Um 1.15 Uhr stellten sich obige Mannschaften dem Anfeuern. Brügge tritt mit 9 Mann auf den Plan. Anschließend fühlten sich die Spieler sehr „kräftig“ oder es fehlte am nötigen Ersatz. Halver spielte zunächst gegen den Wind, trotzdem machte sich von Anfang an eine starke Überlegenheit der Hiesigen bemerkbar. In der 5. Minute konnte auch schon ein prächtiger Flankenstoß des Linksaußen durch den Mittelfürer in ein Tor verwandelt werden. Halver führt somit und bringt bis zur Halbzeit das Leder durchs gegnerische Tor. Nach Wiederbeginn begann trotz der schlechten Witterung und schlüpfrigen Bodenbeschaffenheit wieder ein lebhaftes Tempo. Alle Angriffe der Brügger Mannschaft waren trotz großer Anstrengung vergebens. Halver konnte noch drei Mal einsenden. Brügge gab mühsam auf und verließ den Platz. 6 : 0 für Halver war das Endergebnis.

Schalksmühle, 10. Febr.

Das ungünstige Wetter des gestrigen Sonntags beeinträchtigte, wie überall in Westdeutschland, so auch in unserer Gegend die Sportbetätigung sehr. Für die 1. Handballmannschaft des hiesigen Turnvereins stellte sich

gestern zum fälligen Meisterschaftsspiel die gleiche Mannschaft des Dahlemer Turnvereins. Beide Mannschaften waren sich der Bedeutung des Punktspiels voll bewußt und bemühten sich, ihr Bestes herzugeben. Wenn das nicht überall gelang, so lag es in der Hauptsache an dem durch Schnee und Regen völlig aufgeweichten Platz. Das Spiel der Schalksmühler konnte durchweg besser fallen, doch wogen die Dahlemer diesen Mangel durch größten Eifer auf. Gut gefallen konnten auf beiden Seiten die Torwarte. Das Spiel endete unentschieden mit dem Ergebnis 0 : 0 und dies dürfte die beiderseitige Spielstärke der Mannschaften ziemlich treffend ausdrücken. Die Spieler beider Mannschaften zeigten eine ausgezeichnete allseitige Ruhe und Mäßigkeit, sodaß der sportliche Eindruck nur der beste gewesen ist.

Ebenfalls in Dahl standen sich die 2. Jugendmannschaft von Schalksmühle und die 1. Jugendmannschaft Dahl im Handballwettkampf gegenüber. Dieses Spiel verloren die Schalksmühler nach gleichwertigem Spiel knapp mit 1 : 0 Toren.

Anschließend hieran erfahren wir, daß in aller Kürze im Märkischen Turngau der Antrag eingebracht werden soll, für die Jugendmannschaften die Pflicht- bzw. Punktspiele fallen zu lassen. Dieser Antrag wird zweifellos bei eingehender Begründung die erforderliche Mehrheit finden, um zum Beschluß erhoben zu werden.

Sp. Tagung des Deutschen Fußballbundes. Der Bundesausschuß des D. F. B. trat in Hannover zu einer Sitzung zusammen, die sich in der Hauptsache mit verwaltungstechnischen Fragen beschäftigte. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage der Länderspiele des laufenden Jahres erörtert und Termine die festgelegt. Der Kampf gegen Holland geht am 29. März in Amsterdam vor sich. Am 28. Juni wird gegen Schweden in Stockholm gespielt. Im Anschluß daran trifft die deutsche Nationalmannschaft in Helsingfors gegen Finnland und in Neval gegen Estland zusammen. Das Spiel gegen die Schweiz findet am 25. Oktober auf schweizerischem Boden statt.

Sp. Die Eismeisterschaft von Deutschland und Österreich 1925. In Kitzbühel in Tirol wurde die Eismeisterschaft von Deutschland und Österreich für 1925 unter lebhafter Beteiligung ausgetragen. Sie fiel an Kurt Endler-Schreiberhan.

Sp. Die deutsche Eishockeymeisterschaft. Auf dem Rießersee wurde die deutsche Eishockeymeisterschaft ausgetragen. Der Berliner Schlittschuhklub verließ als Eishockeymeister 1925 die Eisfläche.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der Himmelsbach-Prozeß wurde jetzt wieder aufgenommen. Bei der Unternehmung der ominösen Abholzungsfrage sprach Rechtsanwalt Vogt sein Ersuchen darüber aus, daß der Zeuge dem Gericht nur die Erklärungen des französischen Forstkomitees vorlege, die den schärfsten Widerspruch der deutschen Vertreter gefunden hätten. Durch solche Erklärungen soll die Firma Himmelsbach nur weißgewaschen werden. Der Beklagte Fernbach erklärte zu dieser Aussage ebenfalls, daß die Franzosen mit aller Macht versucht hätten, Himmelsbach zu schützen, wie ihre Taktik überhaupt dahin gegangen sei, alle diejenigen, die ihnen bei ihrer Ausnutzung deutschen Eigentums geholfen hätten, unter ihren Rad zu nehmen. Zwei Tage lang hätten die Franzosen in Koblenz um eine Ehrenerklärung der Himmelsbachs vergeblich gekämpft. Rechtsanwalt Dr. Albrecht behauptet, es sei der Fehler der Landesregierung gewesen, daß sie in die Verträge nicht eingetreten sei. Das weist Ministerialrat Mantei scharf zurück. Auf den Einwurf des Rechtsanwalts Vaecker: Wäre es Ihnen lieber gewesen, die Firma Himmelsbach schlägt 40 000 Festmeter oder die Franzosen schlagen 80 000 Festmeter? erwiderte Ministerialrat Mantei (sehr scharf): Wäre Himmelsbach nicht eingetreten, dann wäre unser Gradmesser ja gar nichts gefüllt worden. Ein hoher französischer Forstbeamter soll selbst geäußert haben, die Franzosen wären nicht in der Lage gewesen, diese ungeheure Holzmenge in der kurzen Frist von acht Wochen zu fällen.

§ Der Hamburger Kommunistenprozeß. Staatsanwalt Dr. Reuter erklärt, es gelte heute, Sühne zu finden und die Leiter des Oktoberaufstandes 1923, soweit sie gefast sind, zur Verantwortung zu ziehen. Der Staatsanwalt gibt zunächst einen Überblick über die Vorbereitung und Durchführung des Aufstandes, woraus hervorgeht, daß nicht weniger als 17 Polizeiwachen gestürmt wurden. Die Polizei hatte 17 Tote. Aus der kommunistischen Literatur weist der Staatsanwalt nach, daß der Aufstand von langer Hand vorbereitet wurde.

§ Hilbe Hanita zu 15 Jahren Kerker begnadigt. Die junge Prager Offiziersgattin Hilbe Hanita, die wegen Anstiftung ihres Betters Vessely zur Ermordung ihres Gatten, des Hauptmanns Hanita, von den Brünner Geschworenen zum Tode verurteilt worden war, hatte ein Begnadigungsgesuch an den Präsidenten Masaryk gerichtet. Präsident Masaryk hat jetzt entschieden, daß Hilbe Hanita mit 15 Jahren schweren Kerkers die Morbanstiftung sühnen soll.

§ Strafanträge im Hamburger Kommunistenprozeß. Im Hamburger Hochverratsprozeß beantragte die Staatsanwaltschaft unter Zustimmung der Richter die Angeklagten gegen den Angeklagten Ullrich als geistigen Führer und politischen Kopf wegen vollendeten Hochverrats die bei milderen Umständen zulässige Höchststrafe von 15 Jahren Festung, gegen den Angeklagten Frede 12 Jahre Festung, wegen Beihilfe zum Hochverrat gegen den Angeklagten Jensen 6 Jahre, Sappel und Kühl je 5 Jahre und gegen Eiser 3 Jahre Festung, ferner gegen die Angeklagten Köppen und Levy wegen vollendeten Hochverrats 12 Jahre bzw. 8 Jahre Festung.

§ Das Urteil im Potsdamer Kommunistenprozeß. Im Potsdamer Kommunistenprozeß verurteilte das Schwurgericht die Angeklagten Kuhlmann und Pallenst zu je 5½ Jahren Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht und den Angeklagten Sommerfeld zu zwei Jahren Zuchthaus. Allen Angeklagten wurden acht Monate Untersuchungshaft angerechnet. Für die jugendlichen Angeklagten wurde die Bewährungsfrist abgelehnt, desgleichen auch ein Antrag auf Haftentlassung von Sommerfeld. Das geringe Strafmaß für Kuhlmann und Pallenst wurde unter Berücksichtigung der ernsthaften Verabredung eines Bombenattentates auf eine Menschenmenge und ein starkes Schuttpolizeiaufgebot dadurch begründet, daß die Angeklagten nicht die eigentlichen Verantwortlichen, sondern nur die Handlanger gewesen seien.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 10. Februar.

* Börsenbericht. Der Börsenbeginn war unmerkbar freundlicher als an den Vortagen, gleichwohl hielt sich das Geschäft späterhin in noch recht engen Grenzen. Lediglich einzelne Papiere wurden auffallend bevorzugt und lebhaft gehandelt, dazu gehörten einige Montan-, Elektro-, Kali- und Petroleumwerte. Vernachlässigt war dagegen der Rentenmarkt, bei dem man zeitweise sogar von einer ausgesprochenen Schwäche reden konnte. Kreditsanleihe gab bis auf 0,78 nach. Am Geldmarkt lagen reichlich Angebote vor, und zwar nannte man für Tagesgeld 9—12 % und für Monatsgeld 10—13 %. Mit einer größeren Besorgnis sieht man jedoch schon jetzt der nächsten Inflationsentwicklung entgegen, von der man eine Erschütterung des Geldmarktes befürchtet.

* Devisenkurse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,07 bis 20,12; holl. Gulden 168,94—169,36; Danz. 79,65 bis 79,85; franz. Franc 22,49—22,55; belg. 21,41—21,47; schweiz. 80,90—81,10; Italien 17,38—17,42; schwed. Krone 113,02—113,30; dän. 74,61—74,79; norweg. 64,07 bis 64,23; tschech. 12,36—12,40.

* Produktenkurse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

* Amtliche Getreide- und Strohnotierungen (Erzeugerpreise) je 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 1,10 bis 1,40, desgl. Haferstroh 0,85—1,10, desgl. Weizenstroh 1,00 bis 1,30, Roggenlangstroh 1,25—1,55, Bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1,00—1,25, Häcksel 1,30—1,50, handelsübliches Heu 2,40—2,65, gutes Heu 3,30—3,65, Mischheu, lose 1,80—2,20, Kleehen, lose —.

* Kartoffelnotierungen (amtlich) je 50 Kilogramm, Erzeugerpreise ab märk. Vollbahnstationen. Speisefertigkartoffeln: weiße 2,20, rote 2,40, gelbfleischige 2,90.

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
Weiz., märk.	247-250	250-254	Weizfl. f. Brf.	16,00	16-16,2
pommerscher	—	—	Roggl. f. Brf.	16,00	16-16,2
Roggen, märk.	246-249	249-252	Raps	400	400-405
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vittor. Erbs.	29-34	29-34
Buttergerste	215-240	213-238	fl. Speiseerbs.	22-23	22-23
Braugerste	255-270	253-268	Buttererbsen	20-22	20-22
Hafer, märk.	188-190	186-193	Beluschten	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Aderbohnen	21-22	21-22
westpreuß.	—	—	Widen	19-20	19-20
Weizenmehl	—	—	Lupin. blaue	12,5-14,5	13-14,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin. gelbe	15,5-17	16-17
Wln. br. inkl.	—	—	Teraballa	16-18,5	16,5-18,5
Sad. (feinst.)	—	—	Rapsstüchen	18,4-19	18,8-19,2
Wrl. f. (Rot.)	34,2-36,5	34,7-37	Leinwand	24,5-25	24,5-25
Roggenmehl	—	—	Erbsenstüch.	9,6-9,8	9,7-9,9
p. 100 Kil. fr.	—	—	ow. Zudschn.	—	19-20
Berlin br.	—	—	Toriml. 30/7	9,8	9,8
inkl. Sad.	34,2-36,5	34,7-37	Kartoffeln	20,4-20,8	20,4-20,8

Schriftleitung Wlth. Bell jr., Halver i. Westf.

Zur Stiefelfabrikation
geeignetes
Eichenholz
kaufen zu den höchsten Preisen
Engstfeld & Lambert
Bollwerk
Fernspr. Südende 10.

Erfahrenes
Mädchen
gesucht.
Frau Arth. Holtzhaus
Carthausen.

Am Donnerstag, den
12. Febr. habe ich hoch-
tragende

Rühe
Jakob Fischbach
Meinerzhagen.

Ladengeschäft sucht
Lehrmädchen
zu Ostern oder später
Selbstgeschriebene Be-
werbungen befördert
unter W 55 die Geschäft
des Allg. Anz. Halver.



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!

Mitverwendung von Henko bei der Wäsche verbilligt das Waschen.

Vorzügliches Einweichmittel.

Wir verkaufen:
unter günstigen Bedingungen
unser im Holt gelegene
Befigung,
bestehend aus:

Wohnhaus, Scheune und Garten.
Interessenten erhalten nähere Auskunft bei
Herrn Gutsverwalter Schmidt.

Gutsverwaltung Bremecke
bei Kierspe.

Leistungs-
fähige **Kolonialwarengroßhandlg.**
übernimmt Lebensmittelgeschäft
in guter Lage als Filiale.
und können Fachleute gegen Verkaufsprocente
und Zahlung der Miete und übriger Geschäfts-
unkosten bei günstigen Bedingungen als Filial-
leiter weiter tätig bleiben. Sicherheit erforderl.
Nur ernsthafte Angebote erb. u. P. U. 5060
an G. Geerkes, Ann.-Exp., Hagen i. W.

5 hochtragende prima
Rühe
mit nachweisbar hervorragenden Milchleistungen,
preiswert zu verkaufen oder auf
Weidetiere zu vertauschen.
Gut Hensburg b. Kierspe
Telefon 50 Amt Meinerzhagen.

Pferde-, Vieh- u. Schweinemarkt
Freitag, den 20. Februar 1925
in Wipperfürth.

Waschförmbe
empfiehlt Wlth. Bell jr., Halver.

Metall-Kollianhänger
für Bahnsendungen, erhältlich bei
Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Ringfrei
**Auto-Möbeltrans-
porte. 12 Referenzen**
Spedition, große Sammlerlager
für alle Güter. Transporte
aller Art.
Westtrans
(Westdeutsche Transport Gesellschaft)
Hagen i. W. (am Odeon)
Dahlenkampstraße 4
Fernsprecher 3954 und 4528.
**Billigste
Preisstellung.**

Für sofort oder zu
Ostern:
**1 Werkzeug-
schlosserlehrling**
und einige
jugdl. Arbeiter
gegen hohen Lohn.
Gefucht.

Heinr. Eversberg,
Schalksmühle.
Halverstr.

Für sofort ein tüch-
tiger selbständig arbei-
tender
Schnittschlosser
gesucht.

Märkisches Werk,
Halver.

Wir suchen einen
jungen Mann
zum baldigen Eintritt
für unsere Packstube.
Metallwaren-Fabrik
P. W. Saurand,
Halver.